




## Höhere varroabedingte Winterverluste bei Bienenvölkern prognostiziert

Höhere varroabedingte Winterverluste bei Bienenvölkern prognostiziert. Runder Tisch "Imker-Landwirtschaft-Industrie" in Berlin. Die Bienen stehen vor einem schwierigen Winter. Die Varroamilbe hat sich witterungsbedingt gut vermehrt und sorgt so für einen außerordentlich hohen Krankheitsdruck. Das gesamte Jahr 2014 waren die Lebensbedingungen für die Varroamilbe günstig. Zudem gestaltete sich eine Bekämpfung aufgrund der Witterung äußerst schwierig. Zu diesem Ergebnis kommen die Experten des Runden Tisches "Imker-Landwirtschaft-Industrie", der auf Einladung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) am 11. Dezember 2014 in Berlin stattfand. Beteiligt sind Vertreter der Imkerverbände, der Industrie, vom Bundesinstitut für Risikobewertung und vom Bundeslandwirtschaftsministerium sowie der Bieneninstitute und des DBV. Das Expertengremium analysiert seit 12 Jahren die Entwicklung der Bienenbestände in Deutschland und befürchtet in 2014/15 im Bundesdurchschnitt einen Winterverlust von bis zu 23 Prozent der Bienenvölker. In den vergangenen Jahren hatte die Milbe rund 10 bis 15 Prozent der Bienenvölker dahingerafft. Damit wären die Winterverluste durch die Varroamilbe in 2014/15 wieder auf dem hohen Niveau der Jahre 2011/2012 und 2005/2006. Im Zeitraum 2003/2004 hatte die Milbe mit 28 Prozent noch mehr Bienenvölker vernichtet. Die Bienenexperten fordern angesichts der aktuellen Prognose, der Bekämpfung der Varroamilbe eine stärkere Bedeutung zu schenken. Mit den vorhandenen Bekämpfungsmitteln und bei ungünstigen Witterungsbedingungen können die Bienen nur unzureichend geschützt werden, wie das Jahr 2014 wieder zeigte. Es besteht weiterhin großer Forschungsbedarf, angefangen bei wirksamen Varroaziden bis hin zu neuen Bekämpfungsstrategien. Das mit der aktuellen EU-Agrarreform eingeführte Greening mit Puffer-, Feldrand- und Waldstreifen wertet das Gremium als wichtige Verbesserung des Lebens- und Futterraums der Bienen. Die Analysen des durchgeführten Deutschen Bienenmonitorings ergaben auch in 2013/2014 keine wesentlichen Zusammenhänge zwischen dem Bienensterben und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Signifikant höhere Belastungen des Bienenbrottes, also der Futtergrundlage im Bienenstock, konnten nicht ermittelt werden. Deutscher Bauernverband e.V. (DBV) - Claire-Waldorff-Straße 7 - 10117 Berlin - Deutschland - Telefon: 030/31904-407 - Telefax: 030/ 31904-431 - Mail: [presse@bauernverband.net](mailto:presse@bauernverband.net) - URL: <http://www.bauernverband.de> - 

### Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

[bauernverband.de](http://bauernverband.de)  
[presse@bauernverband.net](mailto:presse@bauernverband.net)

### Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

[bauernverband.de](http://bauernverband.de)  
[presse@bauernverband.net](mailto:presse@bauernverband.net)

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.